

Deber konstatieren die „Materialien“, daß die „Kolonien-  
nahmen“ sich zum größten Teil — mit Ausnahme Polens und Kau-  
kasus — außerhalb der Städte konzentrieren (von im ganzen  
48 Betrieben dieser Art entfallen auf die Städte nur 32 Prozent mit  
30 Prozent Arbeitern). In Russland können gegenwärtig vier Haupt-  
typen verschiedener Industriezentren nachgewiesen werden. 1. Städte,  
die sich durch die größtmögliche Konzentration der Arbeiter und Industrie-  
betriebe auszeichnen. 2. Dörfer bei großen Städten, die sich nicht  
selten zu bedeutenden Industriezentren entwickeln. 3. Fabrikdörfer,  
die besonders häufig in den Gouvernements Moskau, Wladimir und  
Kostroma anzutreffen sind und nach der Zahl ihrer Arbeiter direkt hinter  
den Residenzstädten stehen. 4. „Kustari“-Dörfer (Dörfer häus-  
licher Gewerbetreibender), die eine Menge kleiner Betriebe umschließen.  
Eine solche territoriale Verteilung der Industrieunternehmen  
ist für die gesamte Arbeiterbewegung in Russland von eminenter Be-  
deutung. Je nach dem Vorkommen des mehr entwickelten und organi-  
sierten städtischen oder des weniger entwickelten nichtstädtischen Proletariats  
ändern sich parallel mit den erwähnten Typen der Industriezentren die  
Formen und der Charakter der Bewegung.  
Die Städte bieten naturgemäß den besten Boden für die Gewerkschafts-  
bewegung; 70 Proz. aller Gewerkschaftsmitglieder sind in 8 größeren  
Städten konzentriert; die Bewegung trägt hier einen weit mehr organi-  
sierten, planmäßigen Charakter. Dagegen fehlt die Bewegung in den  
„Fabrikdörfern“ organisatorisch bedeutend nach.  
Die Angaben der „Materialien“ beweisen noch ein weiteres Mal,  
daß die Gewerkschaftsbewegung in Russland ebenso wie in anderen  
Ländern ein natürliches Produkt der Entwicklung des Kapitalismus  
darstellt und daß die brutalen Repressionen der Regierung machlos  
sind, den normalen Gang der Bewegung auf die Dauer aufzuhalten.

### Mulay Hafid.

Es scheint, als ob der neue Gegenstand Mulay Hafid die  
Wacht hat, mit den europäischen Mächten, in erster Linie mit  
Frankreich, eine Verständigung zu suchen. Das wäre für die  
weitere Gestaltung der Zustände in Marokko von um so größerer  
Bedeutung, je mehr sich zeigt, daß Mulay Hafid an Anhang ge-  
winnt, während das Ansehen des Sultans Abdul Ahs handig  
sinkt. Das Gerücht von der Ermordung des Sultans hat sich  
freilich nicht bestätigt, immerhin scheinen in der Hauptstadt Hes  
anarchische Zustände zu herrschen. Es liegen heute folgende wichtige  
Nachrichten vor:

London, 29. August. Wie in Malagan, so hat Mulay Hafid  
auch in Tanger die ostlichen Behörden durch Briefe in ihren Amtsräumen  
bestätigt. Gleichzeitig hat er den Stämmen Anariffe auf die Franzosen  
bis auf weiteres untersagt und dem Ouziafaham be-  
fohlen, von Calablanca auf Marrakech abzu-  
marschieren. Den Ausländern müsse für erlittene Unbill, wie die  
Ermordung Dr. Rauchamps, Genugtuung gewährt werden, aber sie  
dürften sich auf Weiteres keine Übergriffe erlauben. Er hoffe auf  
baldige Herstellung geordneter Beziehungen zu allen Mächten.

Paris, 29. August. In Rabat sind alle zum Empfang des  
Sultans Abdul Ahs getroffenen Vorbereitungen vollständig abgestellt, und  
alle zu seiner Verherrlichung bereits angebrachten Embleme wieder ab-  
gerissen worden. Einkaufreiche Elemente der Stadt und ihrer Umgebung  
begannen statt dessen für einen festlichen Empfang des  
Sultans Mulay Hafid Schritte zu sammeln. Bestimmend für  
diesen Dekorationswechsel war die Meldung von der Annäherung eines  
Kreuzes von 60 Kriegern des Freischiffers, die bereits durch ihr  
Erscheinen vor Malagan diese Stadt sofort dem Generalstabs gewonnen  
hätten. Nach Vorkommnissen soll auch der einflussreiche Raib des  
Distrikts Abba Wia, Ben Omar, dem Sultan Abdul Ahs abtrünnig  
geworden und zu Mulay Hafid übergetreten sein.

Tanger, 29. August. Soweit bekannt, hat die Mehrzahl der  
kühnen Stämme Marokkos Mulay Hafid zum Sultan proklamiert.  
Es heißt, daß Mulay Hafid jetzt an der Spitze bedeutender Truppen  
sich auf dem Wege zur heiligen Stadt Rabat befindet. In Tanger  
herrscht noch große Besorgnis, da man immer noch einen Handreich  
jenseits der Bergkämme befürchtet.

### Indien.

Die Londoner Morningpost meldet aus Tanager, daß die dortige  
Garnison unter dem Kriegsminister Gebbas den Befehl erhalten habe,  
nach Hes abzugehen. Ein anderes Blatt meldet, die aus Hes kommen-  
den Europäer hätten am 29. d. M. Varach erreicht. Es seien Männer,  
Frauen und Kinder, insgesamt 60 an der Zahl. Der Sultan hätte zu  
ihrem Schutz eine Eskorte von 150 berittenen Soldaten ihnen beigegeben.  
Der Koln. N. n. zufolge ist für die deutsche Kolonie in Tanager  
das Gebäude der deutschen Konsulate im Falle der Gefahr als Ver-  
sammlungsort bestimmt worden. Der englische Konsul hat allen eng-  
lischen Untertanen den Rat erteilt, sich im Falle eines Angriffes auf  
die Stadt nach von ihm angezeigten Zufluchtsstätten zu begeben, die  
in Verteidigungszustand versetzt worden sind.

Aus Paris wird gemeldet: Um die europäische Kolonie in  
Tanager zu beruhigen, wird der Panzerkreuzer Decha Lezon heute abend  
verlassen und nach Tanager in See gehen. Der Torpedobootzerstörer  
Dard wird gleichfalls nach Marokko abgehen, um den Dienst der draht-  
losen Telegraphie zu versehen.

### Organisation der Polizei.

Paris, 29. August. Die französische Regierung geht nunmehr  
an die Organisation einer Polizei in Calablanca. Eine Lei-  
tungsstelle wird in der Person des Majorin, welche diese Nachricht  
bringt, nicht erwähnt. Die Einrichtung der Polizei wird durch den  
französischen Polizeikommissar Darbe befohlen, unter dessen Befehl ein-  
geborene marokkanische Traktanten Wadaden befragen. Die Zahl  
dieser Polizisten beträgt vorläufig zwölf, soll aber bald verdoppelt werden.  
Calablanca ist in vier Polizeidistrikte eingeteilt, in denen jedem  
ein Polizeiposten errichtet wird. Die Ruhe und Sicherheit auf den  
Straßen ist ganz hergestellt. Die Europäer können sich unbelästigt in  
der Stadt bewegen. Viele haben die Geschäfte wieder eröffnet, auch  
jährliche Festgeborene, welche sich verheiratet gehalten haben, erwidern  
wieder. Die Preise der Lebensmittel und aller Waren sind unerhölich  
hoch. Die erste Sorge des Polizeikommissars ist die Reinigung und  
Wartung der Stadt. Auch erhalten die Straßen Namen und Schilder.

## Deutsches Reich.

### Flottenrennen.

Daß die Staaten sich gegenseitig in ihren Verträgen zu  
Aberleiten suchen, bleibt auch nach der Haager Resolution un-  
verändert. Neu aber und recht eigenartig ist das Flotten-  
rennen, das die bürgerlichen Parteien Deutschlands jetzt unter  
sich veranstalten. Offenbar veranlaßt durch die Flottenrede Spahn-  
tritt die Tägliche Rundschau jetzt mit der Mitteilung hervor, daß  
sich die nationalliberale Fraktion des Reichstags  
noch vor dessen Vertagung einstimmig für den schnellen Ausbau  
der Flotte erklärt habe. Diese Forderung wird jetzt auch öffent-  
lich und feierlich von dem Verbandtage der nationalliberalen  
Jugendvereine wiederholt werden. Die Tägliche Rundschau läßt  
auf diese Mitteilung den Ausdruck der Hoffnung, daß die national-  
liberale Partei in dieser Frage die Führung übernehmen werde.  
Jetzt fehlt nur noch, daß die Freisinnige Volkspartei erklärt, sie  
sei schon seit zehn Jahren für ein Duzend neue Panzerschiffe,  
jedes mit einem Displacement von 20.000 Tonnen, zu haben gewesen.  
Wahrhaftig ein würdiges Schauspiel! Vom Kampf um das  
gleiche Wahrecht drücken sie sich mit hundert Ausreden, dafür  
suchen sie alle sich in Ausdrücken ihrer Bereitwilligkeit vor der

Regierung zu überbieten. Man muß in Deutschland leben, um  
dieses Bild zu genießen, dergleichen sich sonst nirgends in der  
Welt findet.

Der preussische Landtag wird diesmal so spät wie möglich  
einberufen werden. Die Absicht, ihn noch vor Weihnachten tagen  
zu lassen, hat die Regierung jetzt wieder aufgegeben unter dem  
Vorwande, daß die Beamtegehaltenerhöhungen und der Etat vor  
Januar nicht fertiggestellt werden können, andere Gehepenteur  
aber nicht vorliegen. Die Regierung hat offenbar die Absicht,  
möglichst wenig Zeit für Wahlrechtberörterungen zu geben.

Das Abgeordnetenhaus des preussischen Landtags hat nicht  
mehr lange zu leben. Seine Uhr läuft im November 1908 ab.  
Die Sitzungsperiode, in die es nach Weihnachten eintreten wird,  
wird seine letzte sein, und es bezieht das Streben, diese so stark  
wie möglich abzukürzen. Man wird sich also darauf gefaßt machen  
müssen, daß möglicherweise sofort, nachdem das Haus die ihm zu-  
gewiesenen Aufgaben erledigt hat, vielleicht schon im Frühjahr des  
nächsten Jahres seine Auflösung erfolgt und Neuwahlen aus-  
geschrieben werden. Da die Regierung die Wahlrechtbewegung  
fürchtet, hat sie ja ein dringendes Interesse daran, weder dem  
Abgeordnetenhaus für seine Beratungen, noch der folgenden Land-  
tagswahlbewegung einen zeitlich ausgedehnten Spielraum zu lassen.

Nicht lange also wird mehr das preussische Volk den un-  
würdigen Anblick eines sogenannten Parlaments genießen, dessen  
Reinheit lediglich das Unrecht bekennt, daß dem Volke durch die  
Verbeibaltung des Dreiklassenwahlrechts zugefügt wird, aber auch zu  
Konfus, zu zerrissen und zu feige ist, um eine Reform des verworfenen,  
aber doch bestehenden Wahlrechts in die Hand zu nehmen. Die  
verächtliche Gile, die es sich nimmt, hat den doppelten Zweck,  
erstens Neuwahlen nach dem alten Wahlrecht zu sichern, zweitens  
aber auch diesen Wahlen eine neue preussische „Volksvertretung“  
herbeizuführen zu lassen, die ihrer Vorgängerin würdig ist. Um dieses  
Spiel zu durchkreuzen, ist zweierlei nötig: Zunächst Protest zu  
erheben gegen den schändlichen Widerstand einer Erneuerung des  
Abgeordnetenhauses nach dem alten verworfenen System, und alle  
Kräfte aufzubieten gegen den Versuch, abermals womöglich alle  
wirklichen Volksvertreter aus der preussischen Kammer auszuschließen.  
Die Ereignisse werden sich vielleicht rascher entwickeln, als mancher  
erwartet; sie fordern die größte Aufmerksamkeit des Volkes und  
seiner Vertretung!

Liberale vom Liberalismus. Wie in Dortmund und Hagen  
haben auch in Duisburg die Linkliberalen eine Resolution angenommen,  
von der man wünschen kann, daß sich der Freisinn sie zur Richtschnur  
nehmen sollte. Der liberale Wahlverein Duisburg hat der Forderung  
des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen seine „strenge  
Zustimmung“ ausgesprochen, er protestiert gegen „Stimmen der Zag-  
haftigkeit und des Widerspruches“, und erklärt das rückwärtige Eintreten  
für die Reform „für eine Lebensfrage des entscheidenden  
Liberalismus“.

### Gegen die Choleraepidemie.

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist zwischen Deutschland und  
Russland für den Fall, daß sich die Choleraepidemie weiter ausbreiten  
sollte, eine Sonderkonvention hinsichtlich Ueberwachung der sanitäts-  
polizeilichen Vorrichtungen in den Grenzorten geschlossen worden. Auf  
Grund dieser Uebereinkunft haben beide Regierungen das Recht, bei  
Choleraerkrankungen in den Grenzorten Spezialkommissionen zu delegieren,  
die unter der Leitung des Ortsvorstehers sich über den Verlauf der  
Krankheit und über die zur Bekämpfung der Epidemie ergreifenden Mittel  
orientieren dürfen.

### Eine Landesverratsaffäre.

Able, 29. August. Koblenzer Meldungen zufolge wurde dort  
ein Divisionschef des Feldartillerieregiments Nr. 23 unter dem  
Verdacht des Landesverrats verhaftet. Es soll sich um die  
neuesten Druckvorarbeiten für Artillerie handeln. Die Ermittlung er-  
folgte durch den Kriminalkommissar in Oberstalt, der einen nach Paris  
reisenden Mann an der Grenze festnahm. Bei der Vernehmung wurde  
gehoben beim Festgenommenen die beim Koblenzer Artillerieregiment  
gehörenden geheimen Druckvorarbeiten, die von Offizieren unter strengstem  
Verschluss zu halten sind, vorgefunden. Bei dem verhafteten Zivilisten  
wurde noch eine ganze Anzahl von Adressen deutscher Unteroffiziere und  
Seppanten verschiedener Infanterieregimenter gefunden. Eine sehr  
umfassende Untersuchung wurde sofort eingeleitet. Man spricht von  
weiteren Verhaftungen.

### Katholikentag.

Würzburg, 29. August. In der heutigen letzten öffentlichen  
Versammlung der Katholiken Deutschlands sprach Erzbischof Alois  
v. Rosenfeld über das Papsttum. Redner bemerkte, daß Papsttum  
selbst ein Fort der Bifurkation“ gewesen; es könne „nur die Er-  
nung der göttlichen Wahrheit nicht gebildet werden“. Der Präsident,  
Rechtsanwalt Dr. Freydenckel, hielt die Schlussrede. Nachdem Bischof  
D. v. Schloer der Versammlung den Segen erteilt hatte, wurde die  
Generalversammlung mit Gelang und Gebet geschlossen.

### Aus Kamerun.

Ein in Berlin eingetroffenes Telegramm des Gouvernements  
in Togo-Kamerun, betreffend die Bewegung in Adamaoua,  
meldet folgendes: Die Bewegung ist mit dem Tode des Malam  
(Wanderprediger) Wabai, welcher bei Wabate einen Tagesmarsch  
nordwärts Garua fiel, als vorläufig beendet anzusehen. Eine lokale  
Erhebung zwischen Garua und Ngabere wurde niedergeworfen. Vier  
Hauptanhänger des Malam Wabai wurden in Ubad, drei Tage süd-  
lich Garua, hingerichtet. Auch der durch den Lamido (Hauptling)  
von Garua gefangen genommene Fulaah Wadidi, der Anführer  
der ganzen Bewegung, wurde hingerichtet. Die Bevölkerung  
der Lamidate bei Waba und Ngabere ist noch erregt; jedoch haben  
die beiden Lamidos sich als regierungstreu erwiesen. Die Bewegung  
hatte einen allgemein europäerfeindlichen Charakter. Im südlichen  
Kala-Nogon (zu Englisch-Nordwestgeria gehörig) wurden Agenten der  
Sennar-Beste festgehalten. Am 18. August ist ein Transport von  
80 Mann mit einem Wajunengefahr unter Hauptmann v. Krogh  
über Wuruu nach Garua in Bewegung gesetzt worden. Diese Ver-  
sicherung soll in der Hauptsache die Residentur Adamaoua inbetrachten,  
der deutsch-englischen Jola-Großschiffen-Expedition, welche am  
9. August unter Major Goring die Ausreise von Hamburg angetreten  
hat und auf ein bis zwei Jahre berechnet ist, das nötige Begleit-  
kommando zu stellen. Nach Eintreffen der Verklärung wird aber auch  
eine Klärung der Lage in den Lamidaten bei Waba und Ngabere  
möglich werden. Eine weitere Verklärung hält das Gouvernement  
für unnötig.

## Rusland.

### Oesterreich-ungar.

#### Der Generalstreik in Stuhlweihenburg.

Aus Budapest wird vom 28. d. M. berichtet:  
Die Stuhlweihenburger Polizei hat nicht nur den sozialdemo-  
kratischen Parteiführer Genossen Julius Gandler, sondern auch den  
Sekretär der Feldarbeiterorganisation Genossen Weider Förgatsch  
ausgewiesen. Diese zweite Ausweisung wurde bisher nur darum  
nicht bekannt, weil Förgatsch bereits war. Die Stimmung der sozial-  
demokratischen Arbeiter ist seit dem Bekanntwerden dieser zweiten  
Ausweisung noch erregter. Ein großer Teil der Arbeiter ist ent-  
schlossen, auszuwandern. Die meisten Handlungsbürokraten und auch  
die Helfer haben sich dem Generalstreik angeschlossen. Alle Arbeit  
ruht. Alle Verträge, alle Kaufkäufe sind geschlossen.

Die Polizeimannschaft von Stuhlweihenburg betreibt Mar-  
mann. Darum wendete sich der Stadtmagistrat an das General-  
kommando im Militärassistenten. Die Antwort des Kommandos lau-  
tete: „Das 69. Infanterieregiment ist auf Übung und die in der  
Später wurden zwei Eskadronen Dragoner freier Sozialisten“  
nach Stuhlweihenburg kommandiert, die man Patrouillendienste in den  
Straßen machen.

Bisher waren die Arbeiter entschlossen, den Kampf in Ruhe  
anzuführen, nun scheinen es aber die Dreißigjährigen und auch die  
Minister des Innern auf ein Blutvergießen abgesehen zu haben. Der  
Bürgermeister Gwanzel hat die Streikenden heute schon ge-  
zerrt, in Stuhlweihenburg ein, um die Appellation gegen die Ent-  
lassung Gandler und Förgatsch zu überreichen. Er verband dies  
mit dem Versuch an den Bürgermeister, die Angelegenheit selbst  
aufzuheben, da der Generalstreik vor dieser Entscheidung  
nicht beendet werde. Der Bürgermeister erklärte von dem  
berab, daß er sich diesem Terrorismus nicht beugen werde und daß  
über die Angelegenheit erst Freitag in der regelmäßigen Sitzung ver-  
handelt werden werde. Hierauf ging er auf die Nacht, während der  
ganze Stadt bestürzt ist, da aller Handel und Verkehr stehen.  
Der Minister des Innern, Andras, ordnete telegraphisch an,  
daß in Stuhlweihenburg auch Gendarmen zum Sicherheitsdienst aus-  
gesendet werden sollen. Heute noch ist eine Gendarmenabteilung  
nach Stuhlweihenburg abgegangen. Der Streik ist in vollen Um-  
fange aufrecht.

## Frankreich.

### Soldaten-Revolt.

Paris, 29. August. Der neue Fall von Meuterei, der von  
Neterwilen des 17. französischen Linienregiments begangen sein soll, ist  
nach einseitigen Informationen stark übertrieben. Eine Anzahl in  
ihrem Quartier unzufriedener Neterwilen forderte bessere Unter-  
künfte, einige Zivilisten, die an der Demonstration teilnahmen, begannen in  
„Internationalen“ zu singen und mehrere Soldaten stimmten mit in  
Als ein Offizier herbeikommt und sich vergebens bemüht hat, Ordnung  
zu schaffen, nahm er einem Soldaten das Kappi fort, um aus der  
Nummer der Kopfbedeckung den Schuldigen festzustellen. Die Neter-  
wilen ihm aber das corpus delicti aus den Händen und gaben es  
dem Netermann zurück. Der Vorgang spielte sich im Halbdunkeln ab  
und hatte keine weiteren Folgen, als daß gegen die Soldaten eine  
Untersuchung eingeleitet wurde. Daß, wie zuerst berichtet wurde, der  
Offizier geschlagen wurde, ist tendenziöse Uebertreibung.

## Holland.

### Die Schiedsgerichtsfrage.

Haag, 29. August. Das Komitee A der Schiedsgerichts-Kom-  
mission beschloß, daß die Rechtsprechung des obligatorischen Schieds-  
gerichts sich nicht auf Gegenstände erstrecken solle, über die die ver-  
tragsmäßigen Verträge zu entscheiden hätten, beispielsweise über literarische  
und künstlerische Eigentum, sondern nur auf Fragen, die die Regie-  
rung oder ihre Verwaltungsbereiche zu erledigen hätten. Zu  
schweizerische Antrag, der eine Liste obligatorischer Schiedsgerichts-  
fälle enthält, aber den Regierungen vorbehalten, ihre Zustimmung zu  
den darin enthaltenen Kategorien erst bei der Ratifikation des Ver-  
trags zu erklären, wurde mit 10 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Zug  
der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten regnen die Delegierten  
auf eine schließliche Verständigung.

## Großbritannien.

### Sinn-Fein.

Am Donnerstag begann in Dublin der Kongreß der Natio-  
nalisten der Sinn-Fein-Partei, der erste seit dem Zusammenbruch dieser  
Bewegung. Ueber diese Partei und ihre Absichten wird dem B. z.  
berichtet: Der Aktionsplan, der auf der Konferenz beraten werden  
soll, sieht für die nächste Zeit vor allem eine Fortsetzung der Be-  
mühungen ins Auge, welche auf die Vermittlung der gegenseitigen  
irischen Nationalistenpartei abgesehen. Vor allem sollen John Red-  
mond und andere Führer der Nationalistenpartei völlig von der Ges-  
ellschaft der irischen Volkspartei verdrängt werden. „Sinn Fein“ ist ein  
gallisches Wort und heißt wörtlich: „Wir selbst“. Die vier Haupt-  
punkte des Programms der Partei, welche den Gegenstand der Kon-  
ferenzberatungen bilden, sind folgende: 1. Beseitigung der Vertretung  
Irlands im Londoner Parlament. 2. Errichtung eines irischen Par-  
laments in Dublin, ohne daß auf Englands Zustimmung bezu-  
wartet wird. Von diesem Parlament soll eine gemeinsame Abma-  
schung der verschiedenen Lokalverwaltungsbehörden in Irland ge-  
schlossen werden und die Partei wird es jedem Irlander zur politischen  
Pflicht machen, den Anordnungen dieses Parlaments Gehorsam zu  
leisten, abgesehen von den hindernissen der Föderation europäischer  
3. Wiederbelebung der irischen Industrieaktivität. 4. Populäre  
Rung von allem, was britisch ist.

Die Partei erklärt, Irland habe seit 25 Jahren durch alle er-  
denklichen Anstrengungen im britischen Parlament bezüglich der  
Homerule wieder ins Leben zu rufen, darum sei jetzt die Zeit ge-  
kommen, der Bevölkerung Irlands Homerule auf andere Weise zu  
verschaffen. Das Geld, das jährlich für die Vertretung Irlands im  
Westminster aufgewendet wird, sei weggenommen. Durch die Ent-  
ziehung eines rein irischen Parlaments in Dublin ohne Englands Ein-  
willigung, das Irland einschließen sei, sich Homerule um jeden Preis  
zu sichern. Von dem Schauspieler, daß ein solches Parlament ohne die  
Sanction der Reichsbehörden keine Tagungen abhalten und die im  
ihm über rein irische Angelegenheiten erlassenen Gesetze nicht aus-  
führen, die Kraft moralischer Verpflichtung in Mitleidenschaft ziehen  
wartet man einen gewaltigen Eindruck auf die öffentliche Meinung  
in der ganzen Welt, der dazu führen würde, die geistliche Tren-  
nung von Homerule durch England herbeizuführen.

## Japan.

### Japan in Korea.

Tokio, 29. August. (B. z.) Eine Sitzung des Reich-  
rats, in welcher die koreanische Politik des Marquis Su erörtert  
werden sollte, wurde verlagert, weil einige Minister und ältere Staats-  
männer durch Ueberschweimmungen am Erscheinen verhindert waren.  
Man nimmt an, daß es Nitos Plan sei, eine vollständige Reform des  
koreanischen Landbesitzes sowie eine Umgestaltung des Ver-  
waltungssystems und der Polizei nach japanischem Muster durchzuführen. Nach  
weshalb und der Polizei nach japanischem Muster durchzuführen. Nach  
weshalb wird vermutet, daß Nito beabsichtigt, die Verwilligung von etwa  
eine Million Yen jährlich für einen Zeitraum von fünf Jahren bei  
der japanischen Regierung zu beantragen. Gut unterrichtete Kreise  
hegen die Überzeugung, daß die Landesform die Einkünfte Korea zu  
wehren werde und daß Ansehen mit japanischer Kommerzialisierung  
ausgegeben werden können. Man glaubt, daß der Senatrat Nitos  
Pläne nicht beanstanden werde und daß sie vom nächsten Reichstag  
genehmigt werden.

## Amerika.

Newark, 29. August. Die Präsidenten der mittelameri-  
kanischen (Mexiko) richteten gleichzeitig an die Präsidenten der mittelameri-  
kanischen Republiken, unter deren Vorsitz die Vereinigten Staaten  
Legation, in denen sie die guten Dienste der Vereinigten Staaten  
und Mexikos zur Bildung eines Kongresses anbieten, der die Re-  
schlüsse zur Aufrechterhaltung des Friedens zu erörtern haben wird.  
Es heißt, die Republiken würden eingeladen werden, die Konferenz in  
Washington abzuhalten. Die Diplomaten erklären, daß keine An-  
wesenheit des verstorbenen Urates, die angebotene Vermittlung abgelehnt.

### Bräutlinge Millionen.

Newark, 29. August. Zu einer heftigen Schlägerei zwischen  
zwei der bekanntesten Millionen Newarcks kam es in der letzten  
Sitzung des Direktoriums der Illinois-Gesellschaft. Dem die  
Mitglieder der heftigen Handlungsgesellschaft angehören. In dieser  
Sitzung stellte der abgesetzte Präsident der Eisen, Schmelze und  
einen gegen den jetzigen Präsidenten J. L. Canavan gerichteten An-  
trag, in welcher  
aus dem  
Die Angriffe  
rischer Ge-  
winnlichen  
eigenen Ar-  
riefen, da  
bindung m-  
umgefannt  
Gründe die  
von Numa  
möglich ist  
bezeichnet,  
einzelnen  
erwerben  
N u s u h  
Stäfte des  
Diese Bew-  
doch gewisse  
auf durch  
aufständigen  
Hochman-  
übernehm-  
mahmetarif  
Nacklandge-  
winnigen  
dieser An-  
um lo eben  
betor in die  
ung diese  
frage diese  
besser Gu-  
ngradigen  
rungspulv-  
geheimen  
gedruckt h-  
Doch  
sollte  
altig wer-  
oben wer-  
der Kohlen-  
r a t i f i-  
nierung K-  
Dortm-  
wunder F-  
dieier Sch-  
Schleifen,  
oder gen-  
handelt a-  
die Quere-  
wegen ihr  
Grundbesi-  
nehmen u-  
kaufen wi-  
an den ir-  
innern. U-  
Bild, indes  
um eigene  
krämien  
nicht noch  
ro.  
steht. N-  
deren Erg-  
Wirtschaft-  
den die an-  
Wirtschaften  
strieren, d-  
für Ganda-  
betrug die